

Weniger Rüstung durch Konversion

von Anne Rieger, Mitglied des Sprecherkreises im Bundesausschuss Friedensratschlag, Graz

Die Forderung nach Rüstungskonversion nimmt zu und die Voraussetzungen für eine konstruktive Debatte sind günstig. Nachdem mehrere Jahre Konversion in der Öffentlichkeit und in den Gewerkschaften kein Thema war, haben bereits im vergangenen Jahr einige IG Metall Verwaltungsstellen Resolutionen zu Rüstungskonversion und Rüstungsexporten beschlossen.

Ausgangspunkt von Konversionsresolutionen war die Ankündigung von Bundeswirtschaftsminister Gabriel Rüstungsexporte in sogenannte Drittländer zu begrenzen. Die IGM, die in ca. 100 Betrieben der Branche Mitglieder vertritt, forderte daraufhin von der Bundesregierung Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie.

Erhalt der Arbeitsplätze

Die Beschäftigtenzahlen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie werden unterschiedlich hoch angegeben, zwischen 17.000 und 88.000.

Mitte Juni 2014 verlangten ca. 20 Betriebsratsvorsitzende aus der Branche in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Gabriel eine Planungssicherheit sowohl von Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr als auch von Waffenexporten. Wenn die Regierung ihr eigenes Ziel zum Erhalt von Arbeitsplätzen und der Technologie in Deutschland erreichen wolle, müsse sie eine klare Linie finden. Rüstungsausfuhren könnten zwar kein Allheilmittel sein, aber ohne Export sei die Industrie nicht überlebensfähig.

sollten die Drohnen in Deutschland entwickelt werden.“ Der Zweite Bevollmächtigte der IGM Ingolstadt, Bernhard Stiedl, zuständig für die IG Metall KollegInnen des Rüstungskonzern EADS erklärte: „Ein europäisches Drohnenprogramm würde am bayerischen Standort Manching 1500 Arbeitsplätze sichern.“

„Lieber heute als morgen zivile Güter“

Diese Vorgänge und Äußerungen, in die Presse lanciert, führten zu heftigen Diskussionen und Reaktionen in der IG Metall und der Öffentlichkeit. Der IG Metall Bezirksleiter von Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger, der Bevollmächtigte der IGM Freiburg, Hermann Spieß, Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sprachen sich für Rüstungskonversion aus.

Wolfgang Lemb erklärte am Antikriegstag 2014 in seiner Rede in Salzgitter „Die Waffen nieder“: *„Auch die Metallerrinnen und Metaller, die heute noch Waffen oder anderes militärisches Gerät bauen, würden lieber heute als morgen zivile Güter herstellen. Und für die übergroße Mehrheit der hoch qualifizierten Fachleute, Ingenieure, Maschinenbauer oder Computerspezialisten, die in dieser Branche arbeiten, gibt es in der zivilen Wirtschaft einen unmittelbar hohen Bedarf“.*

Die Ereignisse des Sommers 2014 waren Auslöser für das Entstehen einer Resolution zu Konversion und Rüstungsexporten in der IGM Stutt-

Kriegsgebiet zu liefern. Das am Antikriegstag mitzuteilen war ein Schlag ins Gesicht der Friedensaktivitäten der GewerkschafterInnen. Erinnert doch der DGB jährlich am Antikriegstag daran, dass die Faschisten im Auftrag von Teilen deutscher Industrie- und Bankkonzerne den 2. Weltkrieg entfesselt hatten und fordert unermüdlich *„Nie wieder Krieg!“*

Arbeitszeitverkürzung

So wurde die Resolution am 20. September von den Delegierten der IGM Stuttgart mit großer Mehrheit beschlossen. *„Arbeitsplatzverluste in der Rüstungsindustrie sind durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler gesellschaftlich notwendiger Produkte zu kompensieren. Da die meiste Rüstung in Mischkonzernen produziert wird, ist die Konversion auch umsetzbar. Wo es trotzdem zu Beschäftigungsproblemen kommen sollte, ist die Konversion staatlich unterstützt zu begleiten.“*

„Die Waffen nieder! – Fünf Minuten für den Frieden!“

Die Delegierten der IGM Offenbach forderten am 23. 9. eine DGB Aktion: *„Die Waffen nieder! – Fünf Minuten für den Frieden!“* Sie verurteilten Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und forderten Deutschland müsse als Friedensmacht eingreifen. Sechs Tage später beschlossen die Delegierten der IG Metall Gütersloh-Oelde *„Nein zum Krieg in allen seinen Formen – Nein zu Waffenexporten.“*

Am 14.10.2014 veröffentlichte der Vorstand der IG Metall seine Resolution *„Für eine aktive Friedenspolitik“*. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert *„friedensstiftende und völkerverständigende Maßnahmen zu intensivieren... Krieg nie als politisches Mittel einzusetzen“*. Er verwies aber auch darauf, dass die IG Metall als Einheitsgewerkschaft Menschen organisiere, *„die sich in ihren politischen Präferenzen und Perspektiven unterscheiden“* und Konflikte *„aus unterschiedlichen Perspektiven“* bewerten. Dazu eignen sich Anträge auf Gewerkschaftstagen und Konferenzen auf allen Ebenen.



Demonstration vor dem Deutschen Bundestag am 1.9.2014, Quelle: Flickr / Uwe Hirsch

Im Juli 2014 verlangte Jürgen Kerner, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall und zuständig für die Branche: *„Wenn wir uns über deren Anschaffung einig sind, dann*

gart. Rückenwind für die FriedensaktivistInnen gab der Zynismus der Bundesregierung. Sie verkündete ausgerechnet am 1. September dem Parlament ihren Beschluss, Waffen in ein

Bei der IG Metall bietet das Debattierpapier zum Gewerkschaftstag 2015 Anknüpfungspunkte an. Dort heißt es u.a. *„Daher lehnen wir jegliche politische Handlungen und Entscheidungen, die Konflikte und Kriege befördern, sowie die Verfolgung von geopolitischen Interessen unter dem Vorwand der humanitären Hilfe ab“.*

Die IG Metall tritt in den Betrieben, die Rüstungsgüter herstellen, mit ihren Forderungen offensiv an, um die Notwendigkeit der Umgestaltung der Produktion und den Weg zu Friedensschaffenden Maßnahmen zu fördern. Gemäß Satzung der IG Metall § 2 sollte vordringlich die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie durchgesetzt werden.“

Ein Antrag der der Verdi Bundesjugendkonferenz vorliegt, lautet: „Schluss mit Rüstungsproduktion - Konversion jetzt. Die Verdi Jugend möge beschließen: alle Rüstungsunternehmen zu verstaatlichen und bei Erhalt aller Arbeitsplätze auf zivile Produktion umzustellen“.

Konversion in der SPD

Auch in der SPD gibt es Konversionswünsche, z.B. aus dem Ortsverein Köln-Ehrenfeld und dem Landesparteitag Hamburg. Letzterer fordert in seinem Antrag an den Bundesparteitag von der Bundestagsfraktion der SPD unter anderem: *„eine Konzeption zu entwickeln, die gestützt auf diese Daten eine längerfristig angelegte Umstrukturierung der Rüstungsbetriebe auf die Produktion von volkswirtschaftlich wichtigen, notwendigen und friedlichen Produkten ermöglicht, bei der Erarbeitung solcher grundsätzlichen Umstrukturierungsgedanken die Gewerkschaften und andere involvierte Gruppen und Institutionen einzubeziehen“.*

Der Rüstungspropaganda Aufklärung entgegensetzen

Bereits im vergangenen Jahr hat das Verteidigungsministerium eine Liste mit milliardenschweren Kostensteigerungen bei wichtigen Rüstungsprojekten veröffentlicht. Dieser Waffen- und Kriegspropaganda die Diskussion um Rüstungskonversion entgegen zu setzen, ist eine wichtige Aufgabe um *„den Frieden zu verteidigen“.* Überall, auch in den Gewerkschaften, ist Anti-

kriegspropaganda notwendig. Die Antikriegsstimmung ist in den Gewerkschaften – wie in der übrigen Bevölkerung - durchaus vorhanden. Sie muss immer wieder gepflegt werden durch den Aufruf zur Teilnahme an Aktionen und Diskussionen in den Gremien auf allen Ebenen.

Friedensbewegte Gewerkschaftlerinnen und ihre FreundInnen aus der Friedensbewegung müssen sich Wege überlegen, wie die Diskussion um Konversion als Schwester der Abrüstung in der Gesellschaft und in der Gewerkschaft auf den Weg gebracht bzw. weiter vorangetrieben werden kann.

Deswegen ist es notwendig, die Debatte um Abschaffung bzw. Verringerung der Rüstungsproduktion überall an der Gewerkschaftsbasis anzustoßen, und sie in den Gremien und Seminaren auf allen Ebenen zu führen. Auch die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Rüstungskonversion des Kasseler Friedensratschlags, der die Konversionsdebatte unterstützt und vorangetrieben hat, könnte sich als sehr hilfreich erweisen.

Kinderbetreuung oder Militärtransporter

Heutzutage kostet der Militärtransporter A 400M, den die Bundesregierung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr bestellt hat, bereits 175 Mio. Euro. 53 dieser todbringenden Transporter für große militärische Ausrüstungsgegenständen, wie zum Beispiel gepanzerten Infanteriefahrzeugen oder Kampfhubschrauber, können 20 Tonnen Last 6300 km weit – außerhalb unserer Grenzen - befördern. Neun Mrd. Euro unserer Steuergelder verschwendet damit die Bundesregierung. Sie gehen direkt an die Airbus Group. Unter anderem müsste dieser Auftrag bzw. die Auslieferung gestoppt werden.

Dagegen nimmt sich die halbe Milliarde Euro, die an zusätzlichen Kosten für die 1,2 Mio. Beschäftigten in Kindergärten anfallen würde, geradezu wie Geld aus der Portokasse aus.

„Unser Budget beträgt 32 Milliarden“, wurde von der Leyen am 5.9.2014 von der Tagesschau zitiert. Das waren 1,3 % der Wirtschaftsleistung. Die hessische CDU verlangte in einem Antrag an den Bundesparteitag den Verteidigungshaushalt auf 2% des

Bruttoinlandproduktes zu erhöhen. Das wäre ein Volumen von 56 Mrd. Euro und entspricht exakt den Wünschen der Nato. Tatsächlich ist der Militärhaushalt bereits in den vergangenen 15 Jahren um rund ein Drittel gewachsen. Auch ein Grund sich für den Stopp von Rüstungsaufträgen einzusetzen.

Aktivität der Gewerkschaften ist gefragt

So wäre ein Beschluss, wie 1983 auf dem IGM Gewerkschaftstag wünschenswert:

„1. Es müssen unverzüglich konkrete gewerkschaftliche und politische Schritte eingeleitet werden, auf Unternehmen mit hohem Rüstungsanteil einzuwirken, sich langfristig unabhängig von Rüstungsaufträgen zu machen.“

2. In den Rüstungsunternehmen sind von Arbeitnehmervertretungen und Arbeitgebern paritätisch besetzte Umstellungsausschüsse einzurichten, welche die Möglichkeiten zur Umstellung auf alternative Produktion untersuchen und die Durchsetzung einleiten.“

3. Innerhalb der IG Metall Organisation sind beim Vorstand, bei den Bezirksleitungen und bei den Ortsverwaltungen Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ einzurichten, die eine beratende, betriebsübergreifende, informierende und koordinierende Funktion haben.“

4. IG Metall und DGB müssen ihren Einfluss geltend machen, dass auf Bundes- und Landesebene gemäß den Forderungen des IMB in Verbindung mit den Hochschulen Institute für alternative Fertigung eingerichtet werden. Sie sollen theoretische Grundlagen erarbeiten und die betrieblichen Arbeitskreise praktisch beraten.“

5. Gemäß Satzung der IG Metall § 2 sollte vordringlich die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie durchgesetzt werden.“

Diese fünf Punkte eignen sich auch heute ausgezeichnet für Antragstexte. Sie ergänzen inhaltlich das Debattierpapier der IG Metall zum Gewerkschaftstag, in dem die Eigenaktivität der Gewerkschaft zu Rüstungskonversion „übersehen“ wird. Ziel muss es sein, in den Gewerkschaften und Betrieben von der Ebene der Reden und Resolutionen zu konkreten Kampagnen und Konversionsprojekten zu kommen.